



Zur Sache

II-2025

Thema

Bundestagswahlen

Aussagen der demokratischen Parteien zur Nahostpolitik

Liebe DPG-Mitglieder, liebe Leserin, lieber Leser,
seit vielen Jahren beobachten wir eine zunehmende politische, wirtschaftliche und militärische Unterstützung des Staates Israel durch die Bundesregierung, gepaart mit einer erkennbaren Vernachlässigung der palästinensischen legitimen Rechte auf Selbstbestimmung im eigenen Land. Auf der anderen Seite betont die Bundesregierung immer wieder ihren Standpunkt, dass Israel völkerrechtswidrig palästinensische Gebiete annektiert und völkerrechtswidrige Siedlungen baut und dass sie die Zwei-Staaten-Lösung unterstützt - und dennoch liefert sie Waffen an Israel.

Am 23. Februar findet die vorgezogene Bundestagswahl statt. Hierzu haben die Parteien ihre Wahlprogramme verabschiedet. Da ein Regierungsprogramm erst nach Verhandlungen und auf Grund der Wahlprogramme der Parteien zustande kommt, haben wir uns erlaubt, die für Israel/Palästina relevanten Aussagen der demokratischen Parteien darzustellen.

Selbstverständlich wollen wir niemanden bei seiner Wahl beeinflussen. Vielmehr wollen wir im Vorfeld wissen, wie die jeweilige Partei die Nahostpolitik beurteilt und politisch bewertet.

Aussagen von kleinen und chancenlosen Parteien sind dabei nicht berücksichtigt, können jedoch hier gelesen werden:

Eine Übersicht über alle Wahlprogramme:

<https://www.bundestagswahl-bw.de/bundestagswahl-wahlprogramme>

SPD - Mehr für dich. Besser für Deutschland.

Unsere internationale Verantwortung für die Zeitenwende.

24. Wir kämpfen für eine gerechte Welt

Wir wollen Frieden im Nahen Osten.

Wir verurteilen den brutalen Terrorangriff der Hamas auf Israel vom 7. Oktober 2023 aufs Schärfste. Es war das größte Massaker an Jüdinnen und Juden seit der Shoa. Das Existenzrecht und die Sicherheit Israels sind unverhandelbar. Wir fordern die unverzügliche Freilassung aller noch festgehaltenen Geiseln. Israel hat das Recht auf

Selbstverteidigung. Gleichzeitig ist es durch das humanitäre Völkerrecht verpflichtet, auf die Verhältnismäßigkeit seiner Reaktion zu achten und Zivilisten zu schützen. Angesichts der hohen zivilen Opferzahlen in Gaza, darunter mehrheitlich Frauen und Kinder, und des Ausmaßes der Zerstörung der zivilen Infrastruktur fordern wir einen sofortigen Waffenstillstand. Dazu rufen wir alle beteiligten Staaten auf und begrüßen internationale Bemühungen, darauf hinzuwirken. Die katastrophale humanitäre Lage im Gaza-Streifen muss umfassend adressiert werden. Die Bevölkerung muss mit Medizin und Nahrungsmitteln versorgt werden. Die Eskalationen in der Region zeigen, dass es dringend einen neuen Anlauf für Fortschritte in der Zweistaatenlösung braucht. Dazu gehört eine reformierte Palästinensische Autonomiebehörde, die auch die zivile Verwaltung in Gaza übernimmt. Von Gaza darf keine Gefahr für Israel mehr ausgehen. Es muss es zu einem Stopp des völkerrechtswidrigen Siedlungsbaus durch Israel in den palästinensischen Gebieten kommen. Pläne zur Annektierung von Gebieten im Westjordanland und Gaza-Streifen lehnen wir ab. Unser Ziel bleibt die friedliche Koexistenz zweier souveräner und lebensfähiger Staaten im Rahmen einer Verhandlungslösung. Nur eine politische Perspektive kann die Sicherheit Israels dauerhaft sicherstellen. Unsere Solidarität mit Israel und die Einhaltung des Völkerrechts sind für uns historische Verpflichtung. Dafür setzt sich die SPD ein.

CDU - Politikwechsel für Deutschland

Ja zu unserer Verantwortung in der Welt

- Unsere Freundschaft zu Israel ist unerschütterlich. Deutschland trägt mit seiner Geschichte eine besondere Verantwortung für die Existenz und die Sicherheit Israels. Die Sicherheit Israels ist und bleibt Teil der deutschen Staatsräson. Aus dieser Überzeugung unterstützen wir selbstverständlich das Recht Israels auf Selbstverteidigung gegen den Terror, der Israel von verschiedenen Seiten bedroht. Es liegt in unserem Interesse, dass wir fest an der Seite der einzigen Demokratie im Nahen und Mittleren Osten stehen. Dazu wollen wir Israel auch militärisch unterstützen und noch bestehende Exportblockaden beenden.
- Ziel muss ein nachhaltiger Frieden im Nahen Osten sein. Deshalb unterstützen wir eine Zweistaatenlösung, die ein friedliches Zusammenleben von Israelis und Palästinensern ermöglicht. Zugleich setzen wir uns für eine Erweiterung des Abraham-Abkommens ein, das wegweisend für eine Annäherung zwischen Israel und einer wachsenden Gruppe arabischer Staaten ist.

FDP – Alles lässt sich ändern

VII. Freiheit, Sicherheit und Menschenrechte weltweit

c. Deutschland und Israel

Der hinterhältige Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 hat den Nahost-Konflikt neu entfacht, mit erheblichen Auswirkungen auf die gesamte Region und ihre Nachbar-Staaten. Deutschland muss aktiv dazu beitragen, dass die EU gemeinsam mit den USA und weiteren Partnern sowie allen relevanten Staaten der Region nach einer langfristigen politischen Friedenslösung für den Nahen Osten sucht.

Die Sicherheit Israels ist deutsche Staatsräson

Für uns Freie Demokraten ist klar: Die Existenz und Sicherheit Israels ist deutsche Staatsräson und ein unverzichtbarer Pfeiler deutscher Außen- und Sicherheitspolitik. Als

Land der Täter trägt Deutschland eine herausragende historische Verantwortung für die **Sicherheit** des jüdischen Staates Israel. Wir müssen Israel alles zur Verfügung stellen, was es für sein völkerrechtlich garantiertes Recht auf **Selbstverteidigung** braucht. Wir sind überzeugt, dass **Rüstungsexporte** ein legitimes Mittel der Außen- und Sicherheitspolitik sind. Denn sie dienen dazu, strategische Partnerschaften zu stärken und die Stabilität in geopolitisch wichtigen Regionen zu sichern. Israel muss daher bei Rüstungsexporten mit den NATO-Staaten gleichgestellt werden. Wir treten für ein verhandeltes **Zwei-Staaten-Modell** als geeignete Lösung ein, um dauerhaft die **Sicherheit** Israels zu garantieren, das Leiden der Menschen auf allen Seiten zu beenden und die Schaffung eines souveränen, demokratischen und lebensfähigen Staates **Palästina** zu ermöglichen.

Konsequent gegen Antisemitismus

In Deutschland ist jüdisches Leben verstärkt durch **antisemitische Gewalt** gefährdet. Wir Freie Demokraten wollen, dass sich Jüdinnen und Juden überall in Deutschland sicher fühlen können. Jüdisches Leben gehört in die Öffentlichkeit und muss dort angstfrei gelebt werden können. **Antisemitismus muss deshalb konsequent bekämpft werden** – unabhängig davon, aus welcher Richtung dieser kommt. Dafür müssen Behörden alle Formen von **Antisemitismus** frühzeitig erkennen. Es dürfen zudem keine staatlichen Gelder für Organisationen und Projekte ausgegeben werden, die das **Existenzrecht** Israels in Frage stellen. Wir wollen zudem mehr Betätigungs- und Organisationsverbote für antisemitische Organisationen.

Bündnis 90/Die Grünen

Außenpolitik

Unsere Außenpolitik steht im Bewusstsein für unsere Geschichte und die Verantwortung, die unser Land mit dem Grauen des Zweiten Weltkriegs und dem Holocaust auf sich geladen hat. Das **Existenzrecht** Israels ist für uns unverhandelbar. Wir stehen ein für die **Sicherheit von Jüdinnen und Juden** und das **Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser*innen**. Dauerhafte Sicherheit für Israelis und Palästinenser*innen ist nur durch einen politischen Prozess und eine verhandelte **Zwei-Staaten-Lösung** auf Basis der **Grenzen von 1967** möglich. Dafür setzen wir uns ein. Aus unserer Geschichte ergibt sich auch die Verantwortung, für das humanitäre Völkerrecht einzutreten, um menschliches Leid zu verhindern und Warnsignale ernst zu nehmen. Deswegen haben wir uns so intensiv dafür eingesetzt, dass die von der **Hamas** festgehaltenen Geiseln befreit werden, die Zivilbevölkerung geschützt wird, die humanitäre Hilfe die Menschen erreicht und es zu einem **Waffenstillstand** kommt. Das **Leid in Gaza** ist unerträglich. Jedes Menschenleben ist gleich viel wert. Menschlichkeit ist unteilbar.

BSW

Frieden im Nahen Osten

Auch der Nahe Osten ist ein Pulverfass, weil alle großen Mächte in der Region Interessen, Einfluss und Verbündete haben und ihre Konflikte auf dem Rücken der dortigen Bevölkerung austragen.

Wir verurteilen den Großangriff am **7. Oktober** 2023 auf Israel unmissverständlich. Er rechtfertigt aber nicht den rücksichtslosen **Rache- und Vernichtungsfeldzug** der Regierung Netanjahu gegen Frauen und Kinder im **Gazastreifen**. Die in **Gaza**, im **Westjordanland** wie auch im Libanon verübten **Kriegsverbrechen** gegen die Zivilbevölkerung empören die Welt zu Recht. Ungeachtet der vor dem **Internationalen Gerichtshof** verhandelten **Genozid-Vorwürfe** gegen Israel als Folge der israelischen Kriegsführung im **Gazastreifen** gilt im politischen Berlin auch weiterhin das Wort von der „**Staatsräson**“ in Sachen Israel. Gemeint ist der unkritische Schulterschluss mit der ultrarechten Regierung Netanjahu. Die vom Bundestag im November 2024 verabschiedete **Antisemitismus**-Resolution verengt den innenpolitischen Debattenraum, indem sie **Kritik an Israel** weitgehend mit **Antisemitismus** gleichsetzt. Das BSW unterscheidet zwischen dem selbstverständlichen Schutz jüdischen Lebens in Deutschland und einer sachlich gebotenen **Kritik an israelischen Regierungspositionen**. Die USA und Deutschland gehören zu den wenigen Staaten, die den israelischen Premier Netanjahu bis heute unterstützen und ihm **Waffen** für seinen entsetzlichen Krieg liefern.

Wir fordern einen sofortigen **Stopp der Waffenlieferungen an Israel**

Inzwischen hat auch in Syrien ein Regimewechsel stattgefunden. Assad wurde gestürzt, was für viele Syrer ein Grund zur Freude und Erleichterung war. Die neuen islamistischen Machthaber könnten in Syrien zu weiterer Instabilität führen. Es besteht die Möglichkeit, dass sich bestehende Konflikte fortsetzen und neue Formen der Unterdrückung entstehen, was das Land weiterhin vor große Herausforderungen stellt.

Auch der Nahe Osten kann nur befriedet werden, wenn den Interessen aller Seiten Rechnung getragen wird, wenn verhandelt wird, statt zu schießen. Islamistischen Terror kann man nicht mit Terror besiegen. Das Vorgehen Israels schürt überall in der arabischen Welt Hass. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis auf diesem Nährboden die nächste Generation von Führungskräften der **Hamas** herangewachsen ist. Die Spirale der Gewalt kann nur durchbrochen werden, wenn auch den Interessen der Palästinenser endlich Rechnung getragen wird.

Die Linke

VI. Eine friedliche Welt ist möglich

Auch für den Krieg im Nahen Osten gibt es keine militärische Lösung: Niemals darf ein **Menschenrechtsverbrechen** als Rechtfertigung für ein anderes **Menschenrechtsverbrechen** herangezogen werden. Das Unrecht der **Besatzung** der palästinensischen Gebiete ist niemals eine Rechtfertigung für den menschenverachtenden Terror der **Hamas** – und genauso rechtfertigt der **7. Oktober** nicht die brutalen **Völkerrechtsverbrechen** der israelischen Armee in **Gaza** oder im Libanon. Wir unterstützen die Bemühungen des **Internationalen Gerichtshofes**, die Verantwortlichen auf beiden Seiten zur Verantwortung zu ziehen. Unser Ziel ist ein sicheres, selbstbestimmtes und gleichberechtigtes Leben der Menschen in Israel und **Palästina** im Rahmen einer weiterentwickelten, gerechten **Zwei-Staaten-Lösung**.

Weitere Information zu den Wahlprogrammen 2025 im Vergleich findet man ausführlich und tabellarisch bei NachDenkSeiten / Die kritische Website https://www.nachdenkseiten.de/?page_id=47542

Positionen der Parteien zur Außen- und Verteidigungspolitik

	SPD	Grüne	BSW	Linke	CDU/CSU	FDP	AfD
Ukraine in die EU	Ja	Ja	Nein	?	Ja	Ja	Nein
Ukraine in die NATO	?	Ja	Nein	Nein	?	Ja	Nein
Moldau in die EU	Ja	Ja	Nein	?	Ja	Ja	?
Weitere finanzielle und militärische Unterstützung der Ukraine	Ja	Ja	Nein	Nein (8)	Ja	Ja	Nein
Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern an die Ukraine	Nein	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Nein
Weitere militärische Unterstützung Israels	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	?
Ausweitung Sanktionen gegen Russland	?	?	Nein (1)	Ja (7)	Ja	Ja	Nein (1)
Abhängigkeit von China reduzieren	?	Ja	Nein (2)	?	Ja	Ja	Nein (3)
Wehretat über zwei Prozent vom BIP	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja
Wiedereinführung des Wehrdienstes / der Wehrpflicht	Ja (4)	Ja (4)	Nein	Nein	Ja (5)	Nein	Ja (6)

- (1) Aufhebung der Sanktionen
 (2) fairer Handel in einer multipolaren Welt, keine neue Blockkonfrontation
 (3) Ausbau der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Kontakte
 (4) Wehrdienst auf freiwilliger Basis
 (5) Verpflichtendes Gesellschaftsjahr (einschließlich Wehrpflicht)
 (6) „Stärkung der personellen Einsatzbereitschaft“
 (7) Gezieltere Sanktionen gegen die „Kriegskasse des Kreml“ und nicht gegen russische Bevölkerer
 (8) Gezielte Sanktionen gegen die „Kriegskasse des Kreml“ und nicht gegen russische Bevölkerer

Migration

Positionen der Parteien zur Migration

	SPD	Grüne	BSW	Linke	CDU/CSU	FDP	AfD
Asylverfahren im Ausland	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
Familienzusammenführung für subsidiär Schutzbedürftige	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein
Abschiebung von ausländischen Straftätern	Ja	Ja (1)	Ja (2)	Nein	Ja	Ja	Ja
Zuwanderung von Arbeits- und Fachkräften aus dem Ausland	Ja	Ja	Ja (3)	?	Ja	Ja	Ja
Bürgergeld für ukrainische Flüchtlinge	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein
Mehr sichere Herkunftsstaaten	?	?	?	Nein	Ja	Ja	Ja
Kontrolle der deutschen Staatsgrenzen	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja
verpflichtende Integrationsvereinbarungen	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja
Abschaffung der doppelten Staatsbürgerschaft	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Nein (4)

- (1) nur Ausreisepflichtige, die schwere Straftaten begangen haben
 (2) falls keine Todesstrafe im Herkunftsland droht
 (3) vorrangig Qualifizierung von jungen Menschen in Deutschland
 (4) doppelte Staatsbürgerschaft zeitlich begrenzt

Nahostpolitik und zunehmende jüdische Siedlergewalt

Die USA und Deutschland haben Sanktionen und Einreiseverbote gegen jüdische Siedler, die aggressiv gegen Palästinenser vorgehen und deren Eigentum, Ernte, Grund und Boden zerstören und sogar sich aneignen, erlassen. All das geschieht unter Beobachtung der israelischen Armee, die sie sogar schützt.

- TRUMP hat diese Entscheidung aufgehoben, als gäbe es keine Siedlergewalt mehr.
- Wird DEUTSCHLAND bei seiner Haltung bleiben oder bald diese Sanktionen ebenfalls aufheben?

Beobachte, lese, vergleiche und bewerte selbst!